

PRESSEINFORMATION 22/2026

Neue Märkte im Fokus: EU–Australien-Abkommen steht

BWIK-Vize Claus Paal: „Europa schafft Fakten - Schritt für Schritt zu mehr Handlungsfähigkeit“

Stuttgart, 24. März 2026 – Die Europäische Union und Australien haben ihr Freihandelsabkommen abgeschlossen. Aus Sicht des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIK) kommt die Einigung zur richtigen Zeit: „In einem zunehmend fragmentierten Welthandel ist es entscheidend, dass Europa geschlossen vorangeht und strategische Partnerschaften mit verlässlichen Partnern ausbaut“, sagt BWIK-Vizepräsident Claus Paal. „Freihandel ist die Grundlage für Wachstum, Innovation und Beschäftigung – gerade für unsere Unternehmen im Südwesten.“

Zugleich sieht die Wirtschaft Bewegung in der europäischen Handelspolitik: „Wir erleben derzeit neue Dynamik bei Handelsabkommen – etwa mit Indien, Indonesien oder den Philippinen. Europa wird Schritt für Schritt handlungsfähiger. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen“, so Paal. Die aktuellen Handelskrisen erfordern und ermöglichen neue Abkommen mit Partnerländern.

Weniger Zölle, mehr Planungssicherheit

Für die Unternehmen in Baden-Württemberg eröffnet das Abkommen neue Perspektiven. Der Abbau von Zöllen, ein verbesserter Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen und mehr Planungssicherheit stärken insbesondere Schlüsselbranchen wie Maschinenbau, Automobilzulieferindustrie, Medizintechnik sowie die Elektro- und Digitalwirtschaft. „Unsere Unternehmen spüren, dass sich Märkte verändern und teilweise schwieriger werden. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Unsicherheiten in wichtigen Absatzmärkten wie den USA und China wird es für Betriebe immer wichtiger, neue Märkte zu erschließen und ihre internationale Aufstellung zu diversifizieren“, betont Paal. „Freihandelsabkommen sind dafür ein zentraler Hebel.“

Große Bedeutung für Rohstoffversorgung

Auch mit Blick auf die Rohstoffversorgung hat das Abkommen strategische Bedeutung. Australien verfügt über bedeutende Vorkommen kritischer Rohstoffe wie Lithium, Kobalt und Seltene Erden, die für zentrale Zukunftstechnologien unverzichtbar sind. „Wir müssen Abhängig-

keiten reduzieren und Lieferketten resilienter aufstellen – das gelingt nur gemeinsam auf europäischer Ebene“, so Paal.

Über die unmittelbaren wirtschaftlichen Effekte hinaus stärkt das Abkommen Europas Fähigkeit, seine Handelsbeziehungen aktiv zu gestalten und sich im globalen Wettbewerb strategisch zu positionieren. Gleichzeitig werden durch Regelungen zu Nachhaltigkeit, Arbeitsrechten und Umweltschutz sowie zum Schutz geografischer Herkunftsangaben faire Wettbewerbsbedingungen abgesichert. „Ein handlungsfähiges Europa schafft Vertrauen – bei Unternehmen ebenso wie bei internationalen Partnern. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Betriebe aus Baden-Württemberg auch künftig erfolgreich auf den Weltmärkten agieren können“, betont Paal.

Hintergrund zur Bedeutung Australiens für den Außenhandel Baden-Württembergs

Australien ist ein etablierter, wenn auch vergleichsweise kleiner Handelspartner für Baden-Württemberg. Im Jahr 2025 **exportierten** Unternehmen Waren im Wert von rund 1,73 Milliarden Euro nach Australien (Platz 27; 0,7 Prozent der Gesamtausfuhren; -0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Die **Importe** beliefen sich auf rund 176,5 Millionen Euro (Platz 63; 0,1 Prozent Anteil; +11,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr).¹

Vor diesem Hintergrund bietet das EU–Australien-Abkommen die Chance, bislang ungenutzte Potenziale im bilateralen Handel zu erschließen und die wirtschaftlichen Beziehungen weiter zu vertiefen.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIIHK | FF International
IHK Region Stuttgart
Franziska Stavenhagen
Telefon 0711 2005-1317
E-Mail: franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.

¹Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stand: 02/2026